

11. Freiburger Arbeitstagung

16.+17. November 2010

Besteuerung von Hochschulen

Betriebsvermögen

Unternehmensvermögen

Aktuelle Entwicklungen

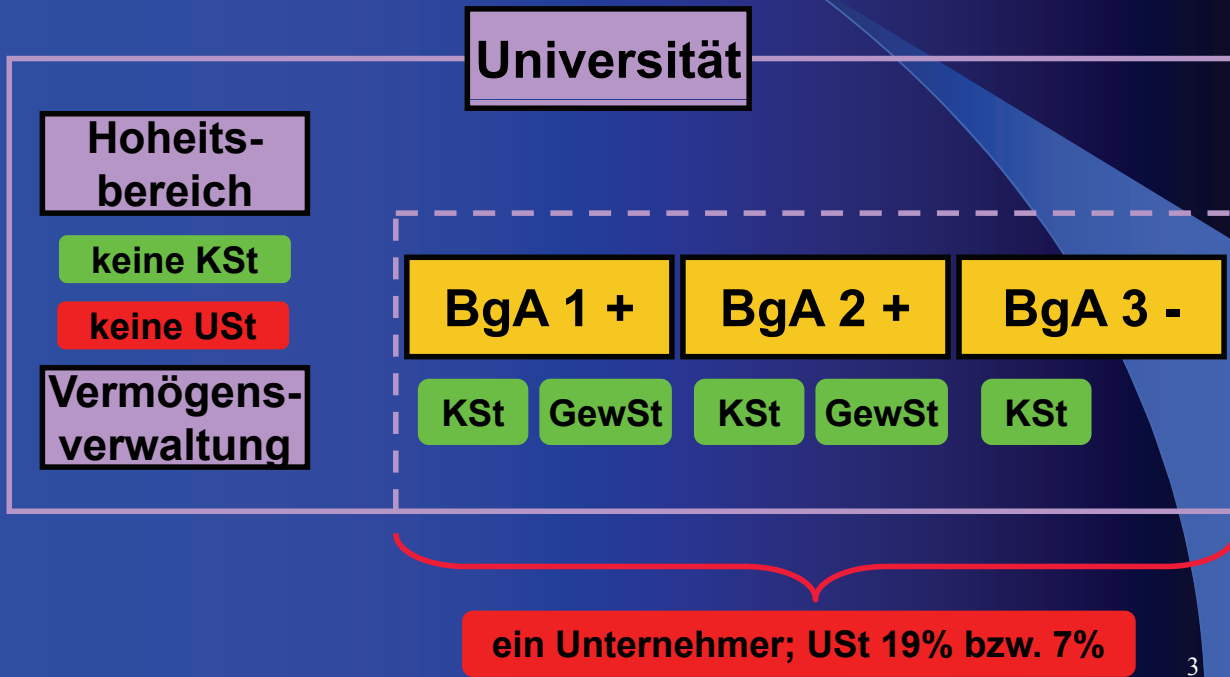
Dieter Kurz &
Lars Leibner
Finanzministerium
Baden-Württemberg

1

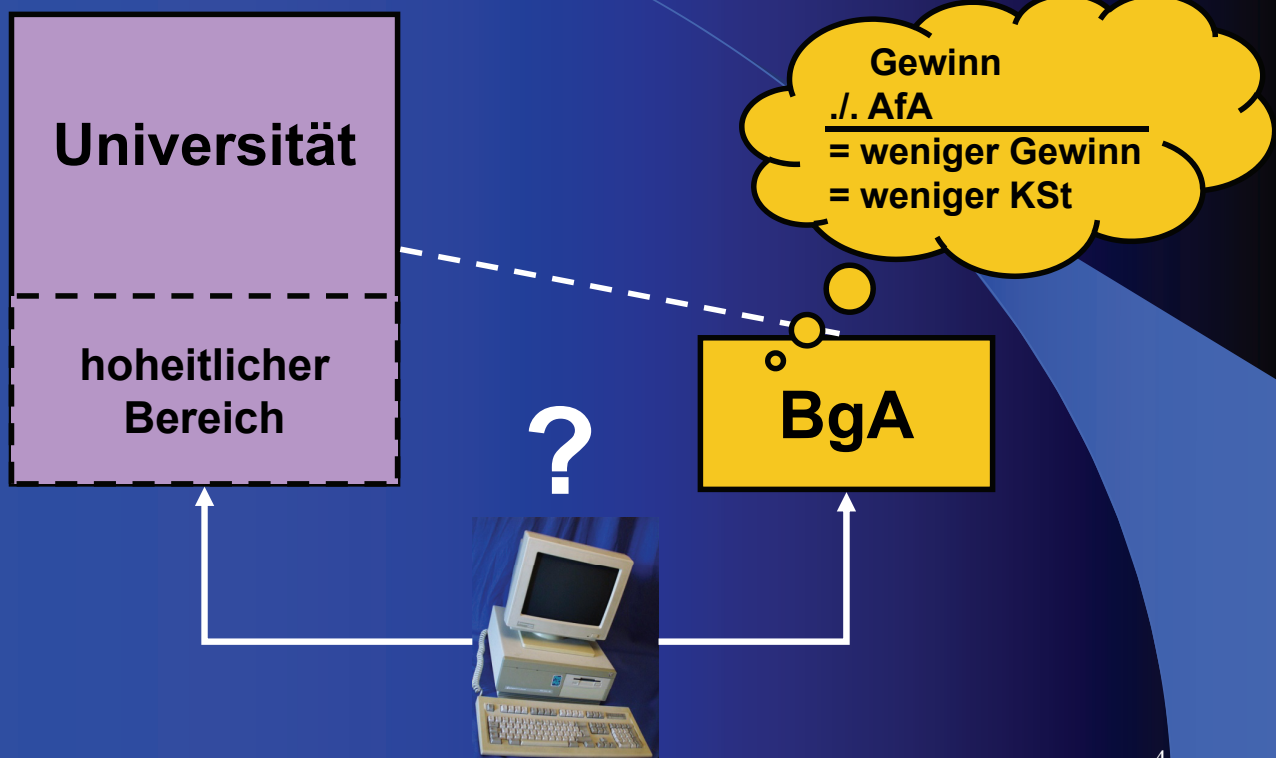


2

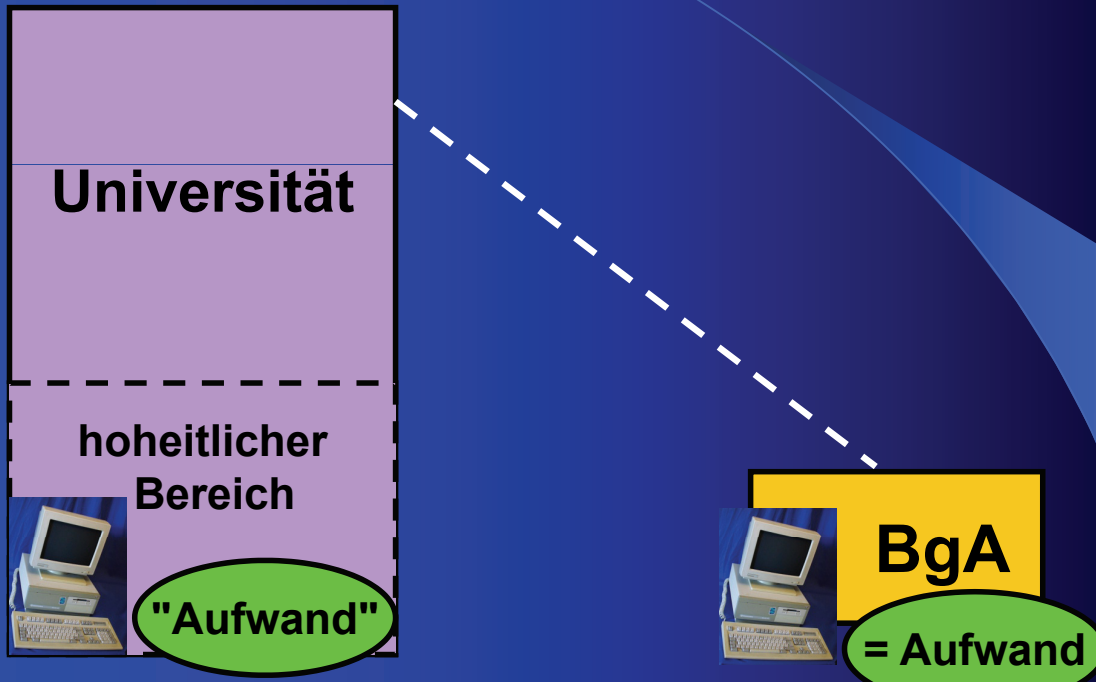
Unterschiedliche Sphären der öffentlichen Hand



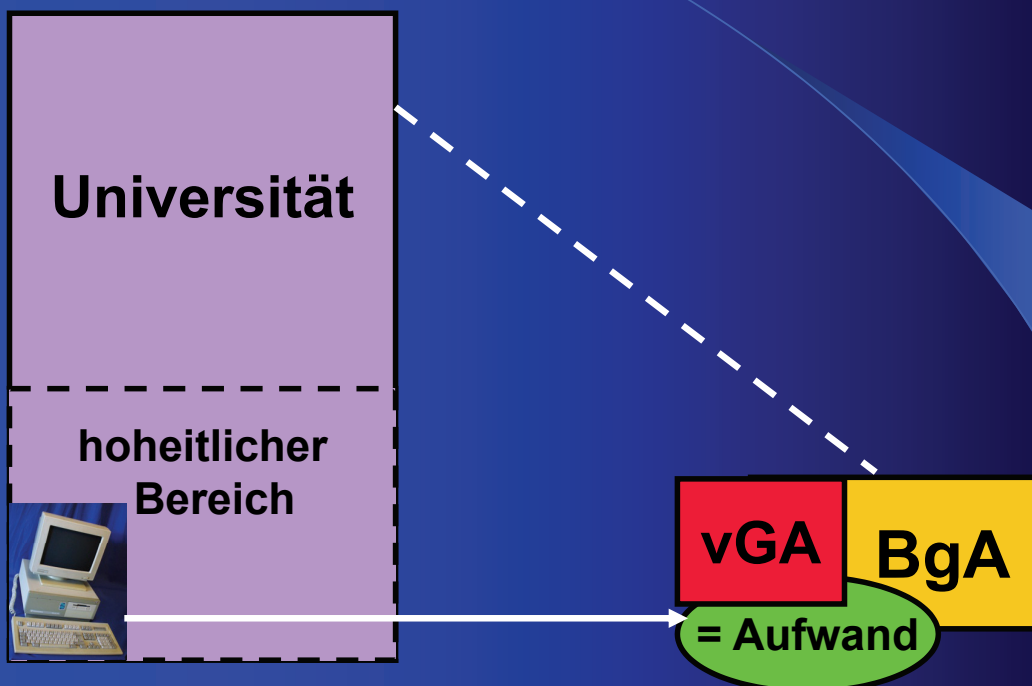
1. Betriebsvermögen / -ausgaben



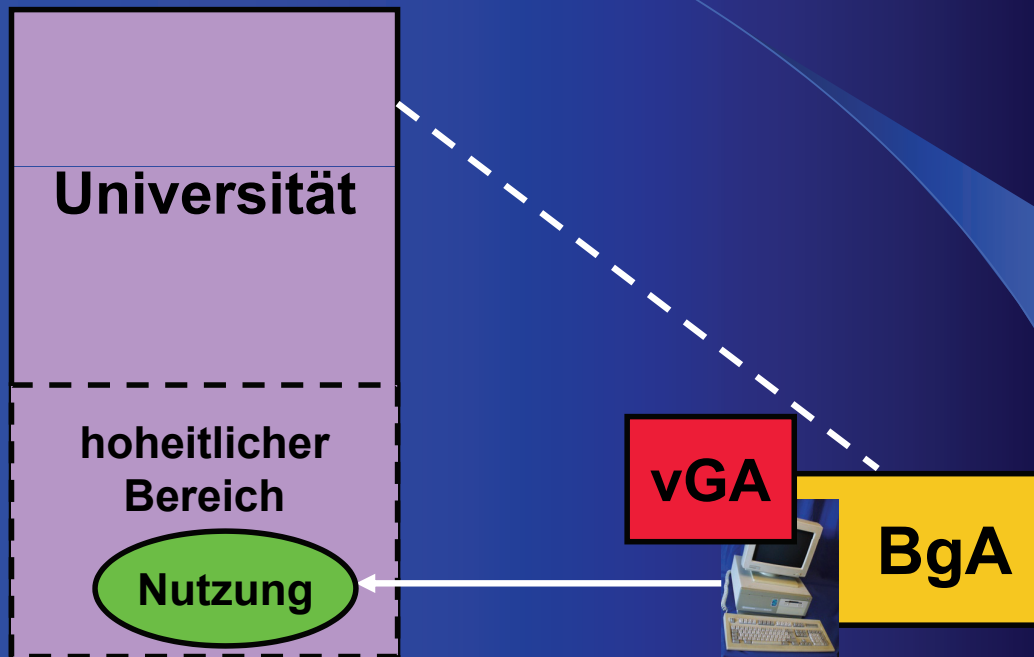
1.1 Zuordnung Betriebsausgaben



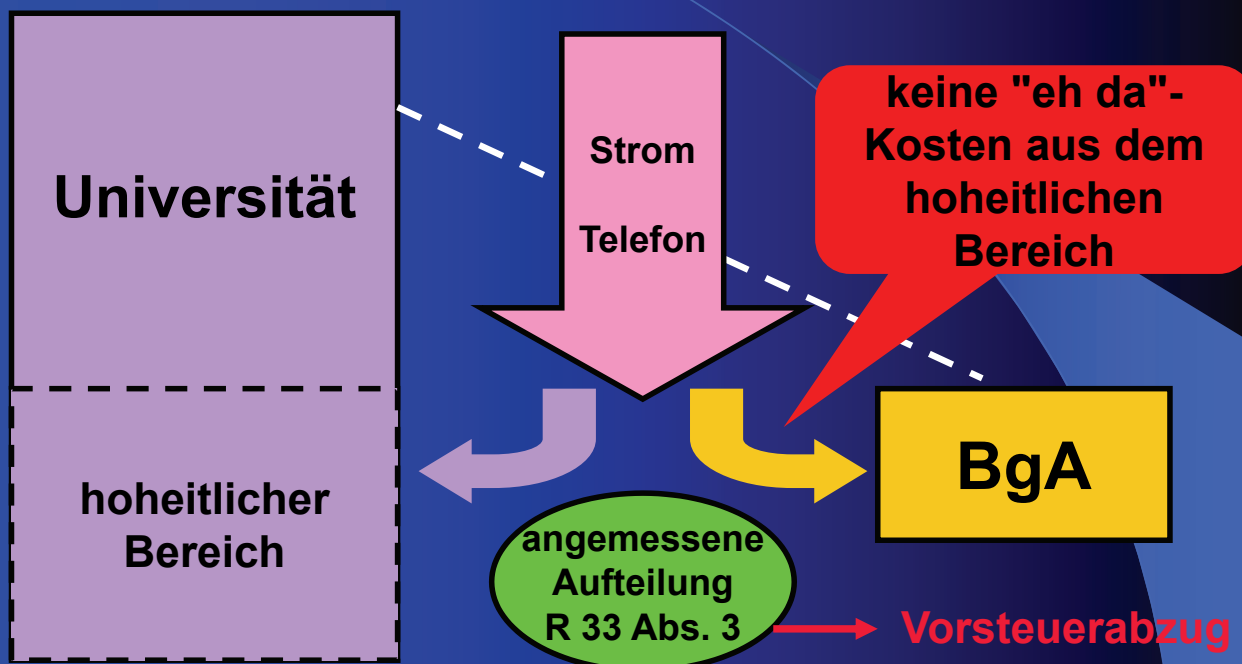
1.1 Zuordnung Betriebsausgaben



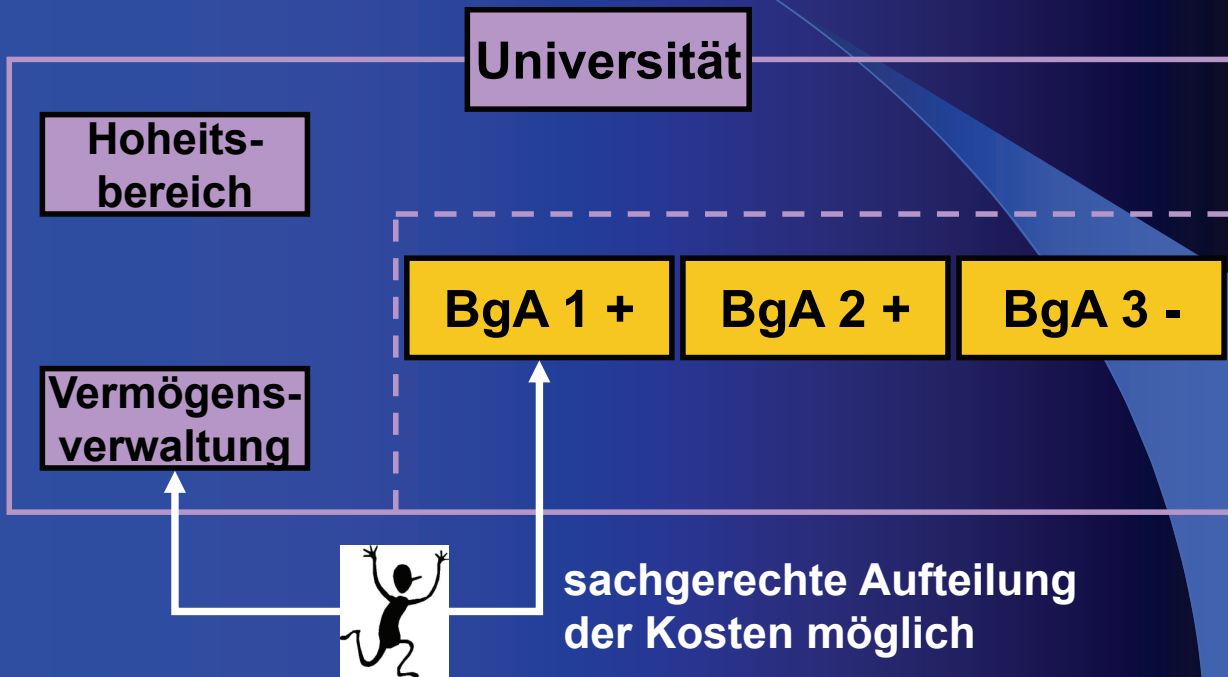
1.1 Zuordnung Betriebsausgaben



1.1 Zuordnung Betriebsausgaben

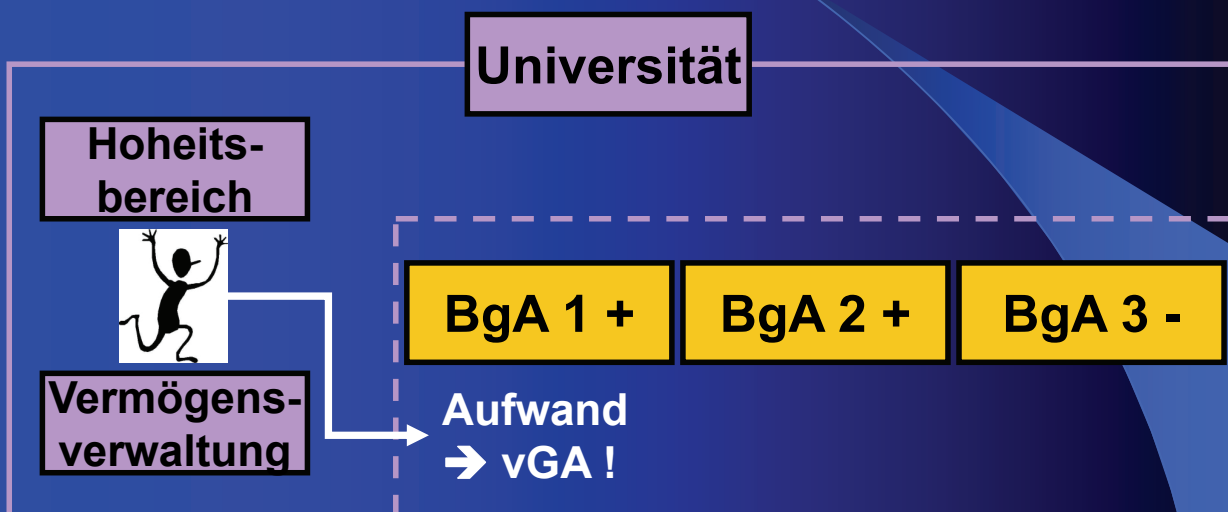


1.2 Zuordnung Personalkosten



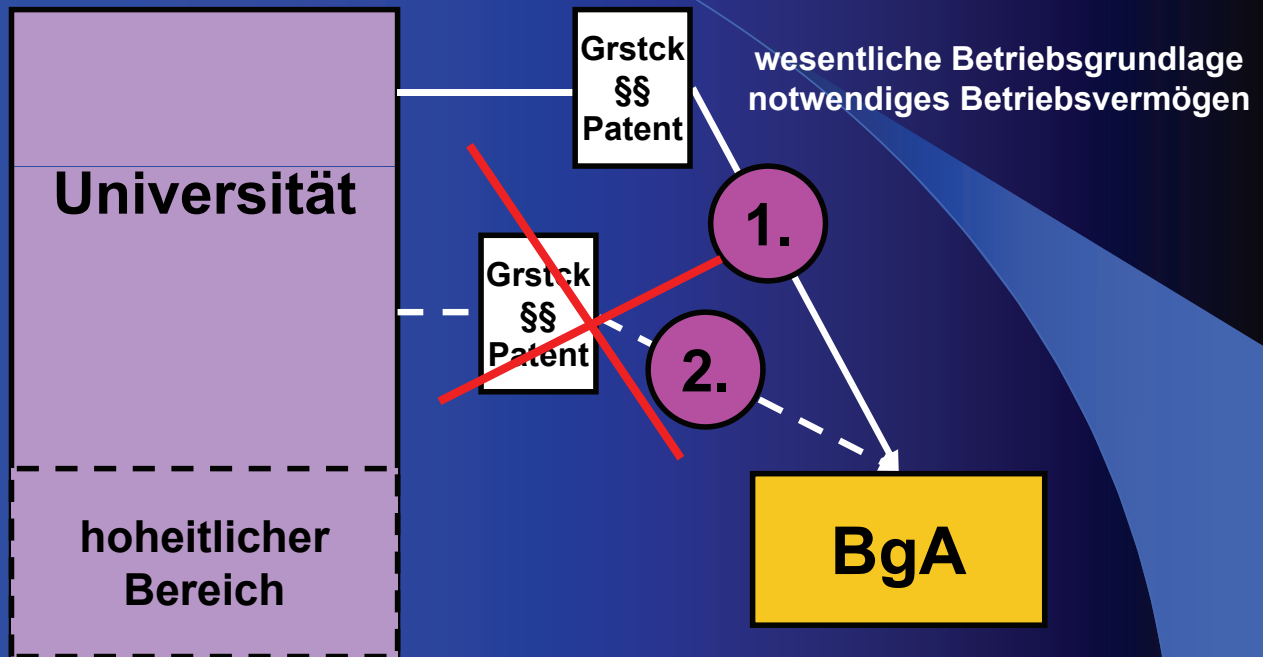
9

1.2 Zuordnung Personalkosten



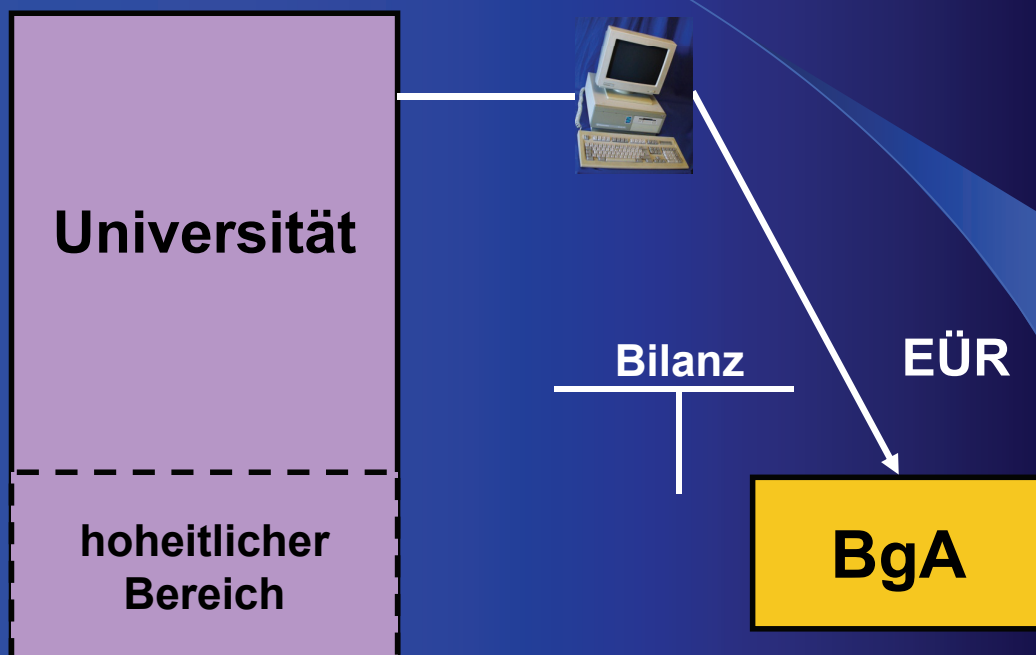
10

1.3.1 Notwendiges Betriebsvermögen



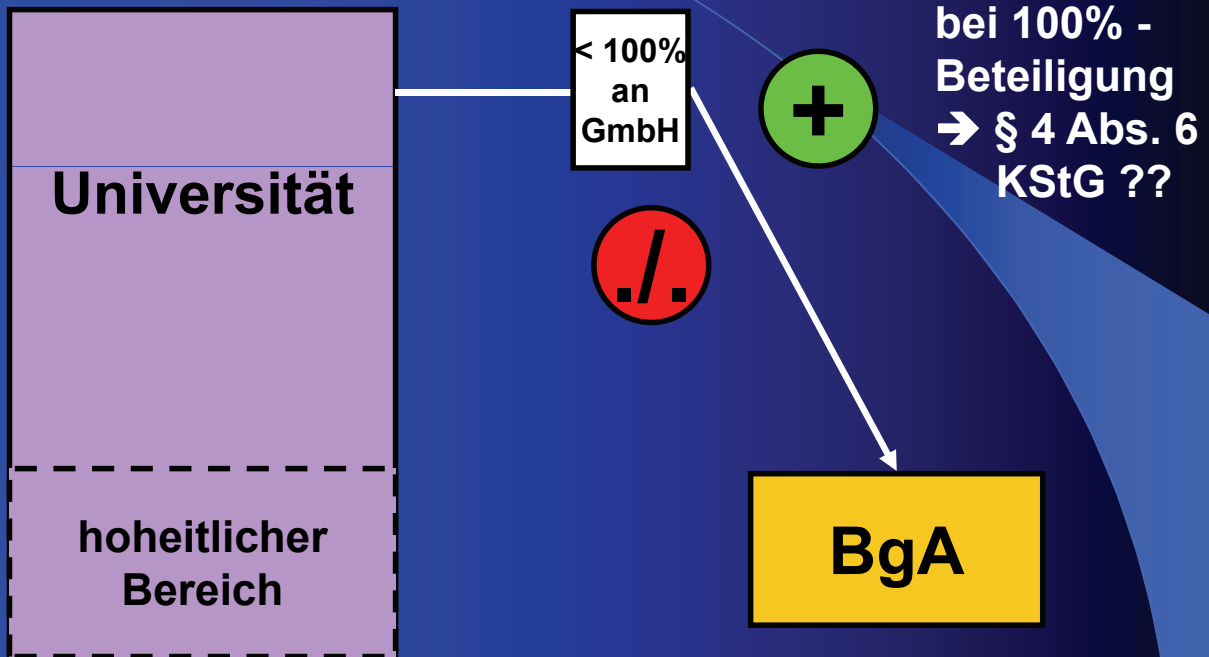
11

1.3.2 Gewillkürtes Betriebsvermögen



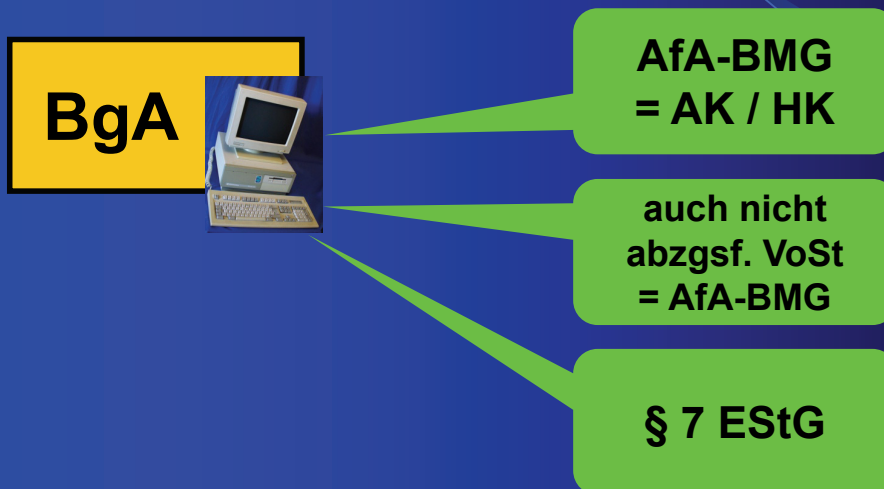
12

1.3.3 Beteiligungen an KapGes



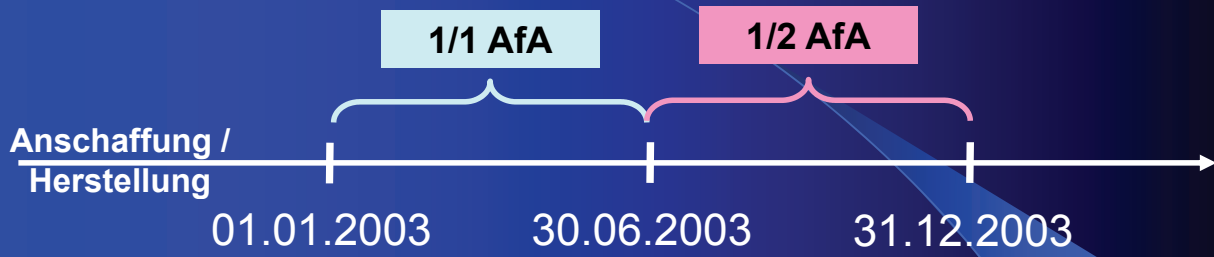
13

1.3.4 Abschreibung von WG

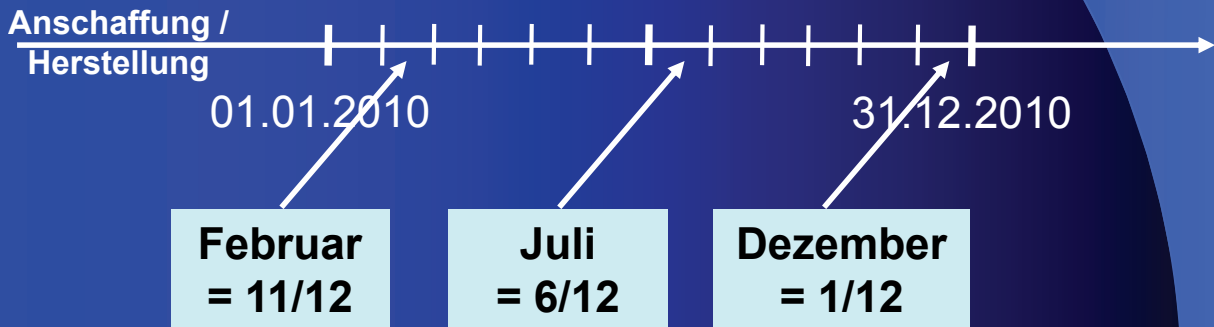


14

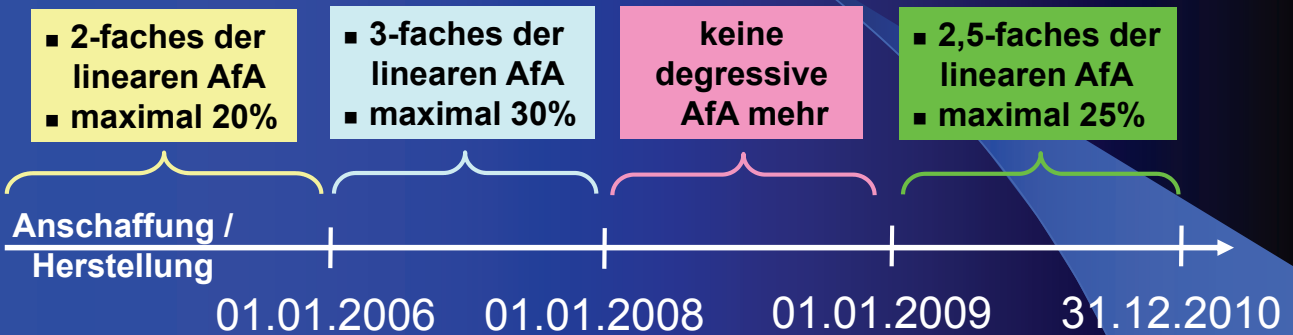
1.3.4 Zeitanteilige AfA



seit 2004: p.r.t



1.3.4 Degressive AfA



➤ WG 1.200 €, Nutzungsdauer 10 Jahre

➤ Anschaffung Februar 2007

AfA 2007: $10\% \text{ v. } 1.200 = 120 \times 11/12 = 110$

oder: $3 \times 120 = 360 \times 11/12 = 330$

➤ Anschaffung Februar 2008

AfA 2008: $10\% \text{ v. } 1.200 = 120 \times 11/12 = 110$

(keine degressive AfA mehr möglich)

➤ Anschaffung Februar 2009 oder 2010

AfA 2009: $10\% \text{ v. } 1.200 = 120 \times 11/12 = 110$

oder: $2,5 \times 120 = 300 \times 11/12 = 275$

17

1.3.4 GWG-Regelung

➤ bis 2007

AfA für GWG – bisher:



Wert max. **410 €**
(ohne USt)

➔ **Wahlrecht zur Sofort-AfA** im Jahr der Anschaffung oder Herstellung

18

1.3.4 GWG-Regelung

➤ Einschränkung seit 2008

neues BMF-Schreiben vom 30.09.2010 (BStBl I S. 755)

AfA für GWG – neu: **GWG** 

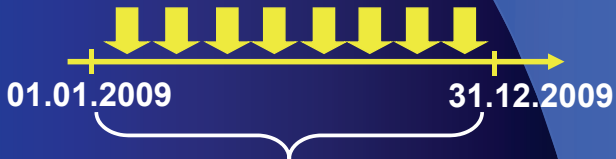
Preis bis 150 €

> 150 € bis 1.000 €



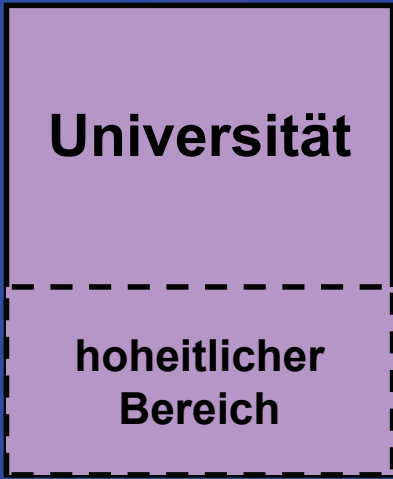
Sofortabzug im Jahr der Anschaffung

Sammelposten für GWG

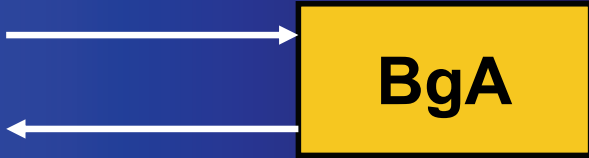


Auflösung Sammelkosten: 5 Jahre je 20%

2. Unternehmensvermögen



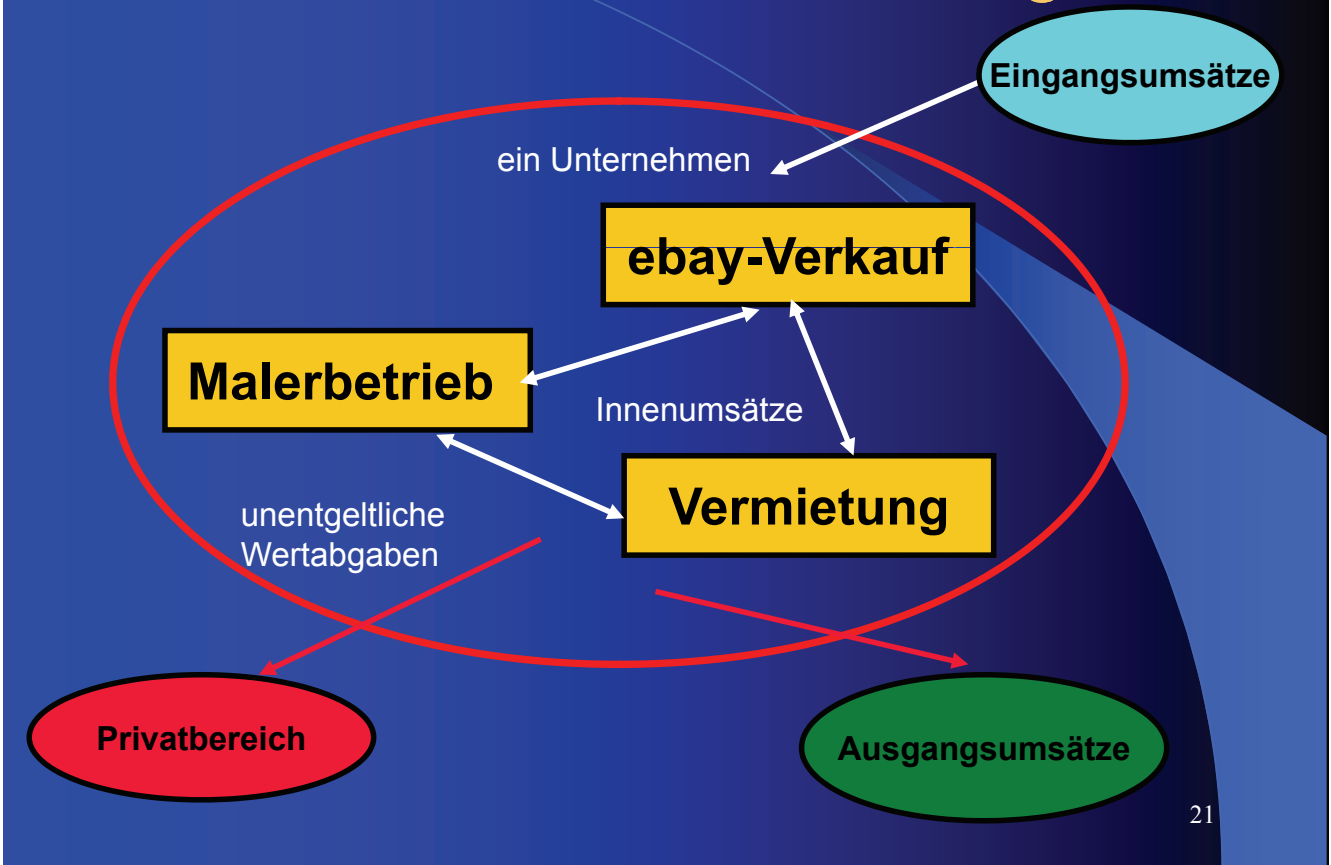
kein Leistungsaustausch



unentgeltliche Wertabgabe

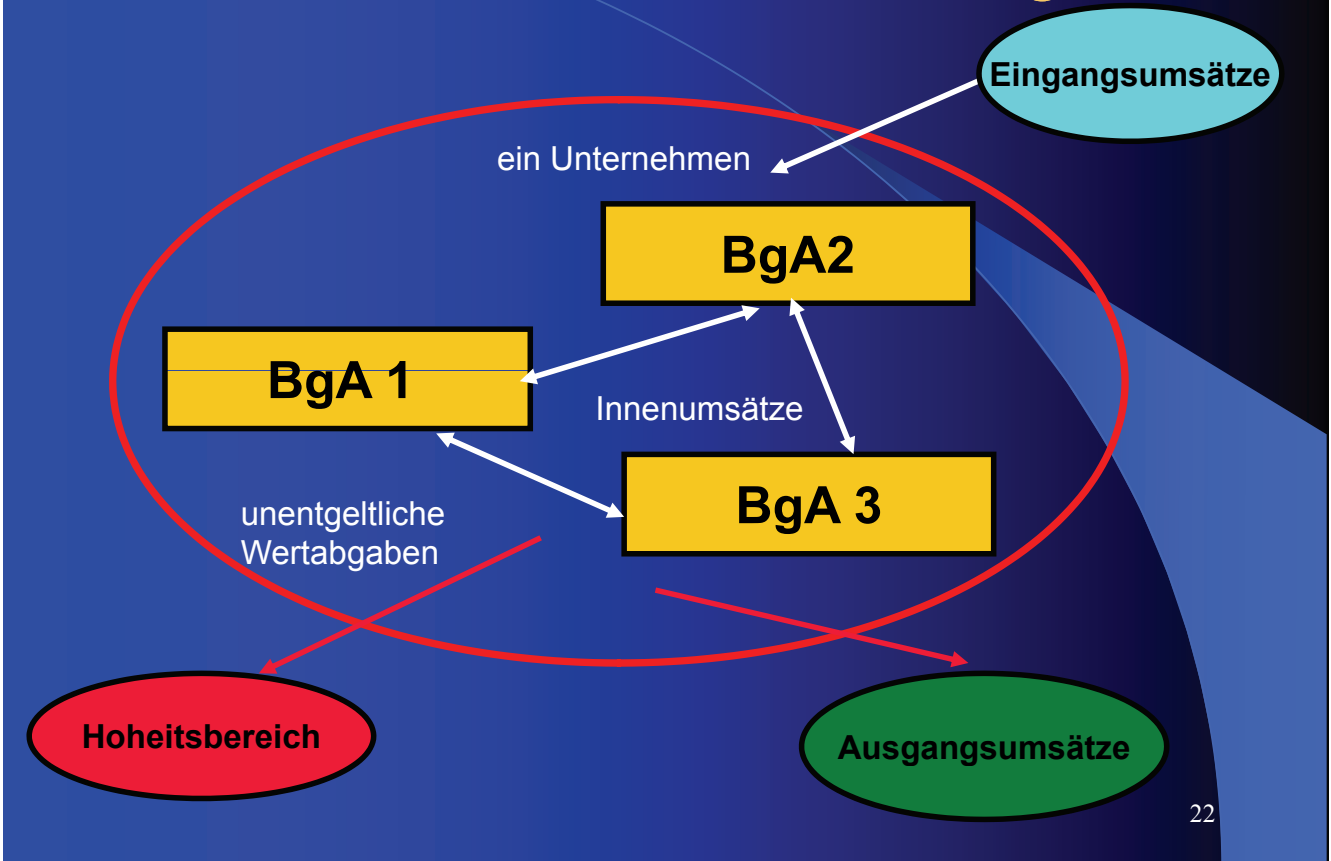
- Entnahme von Gegenständen (§ 3 Abs. 1b UStG)
- Leistungsabgabe (§ 3 Abs. 9a UStG)

2. Unternehmensvermögen



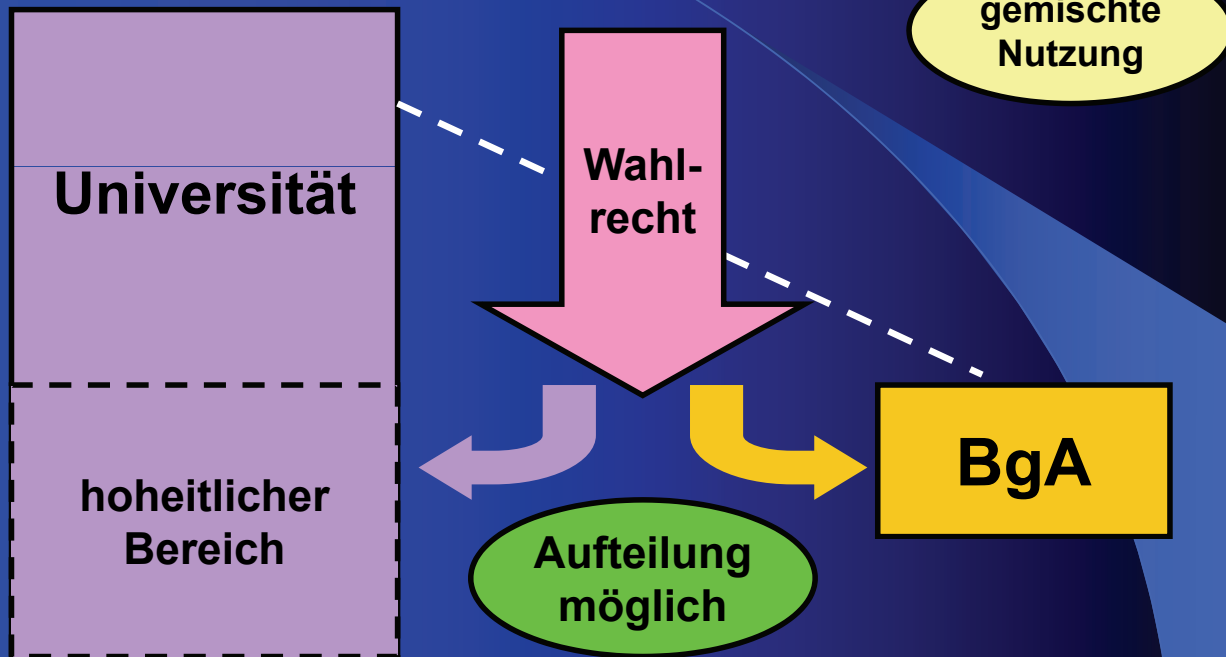
21

2. Unternehmensvermögen



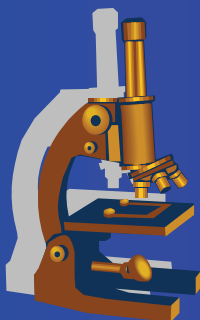
22

2. Unternehmensvermögen



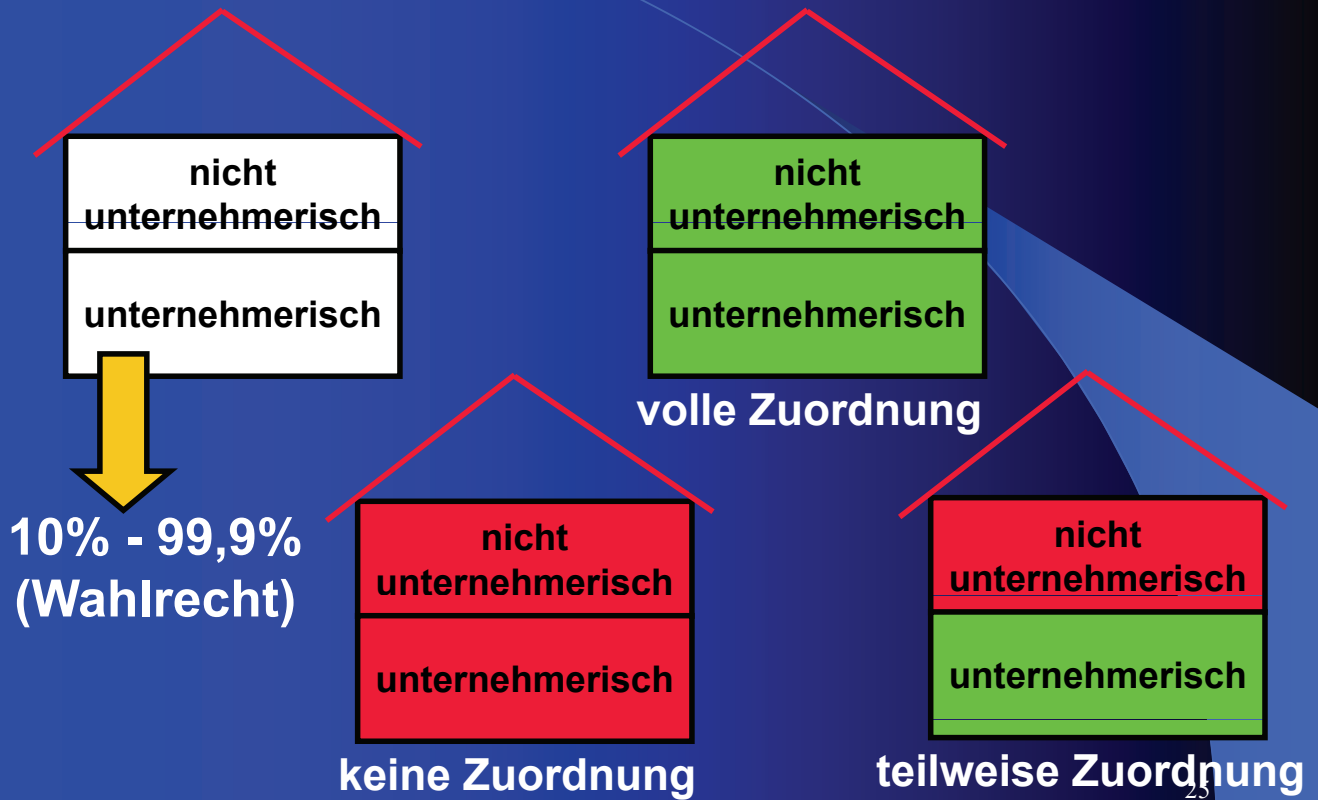
23

2. Unternehmensvermögen Zuordnungsgrundsätze

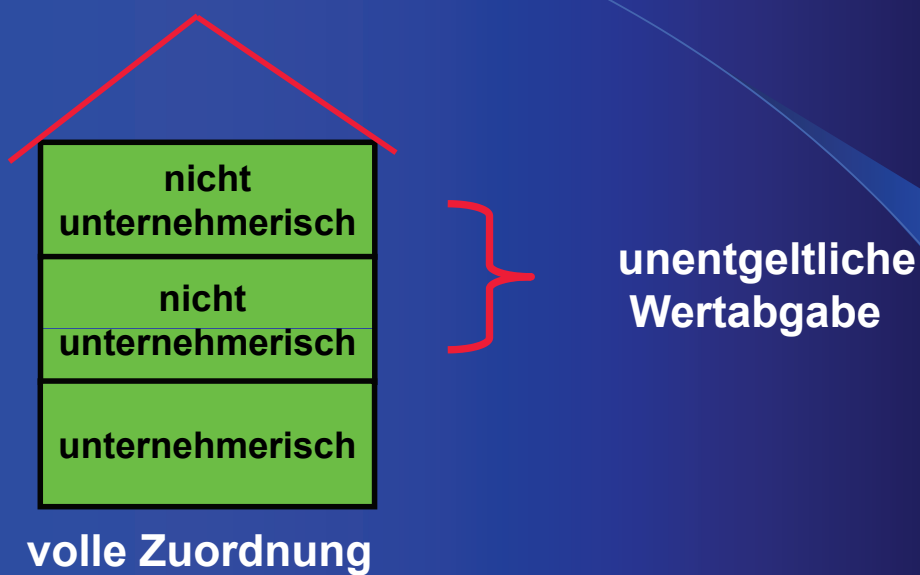


24

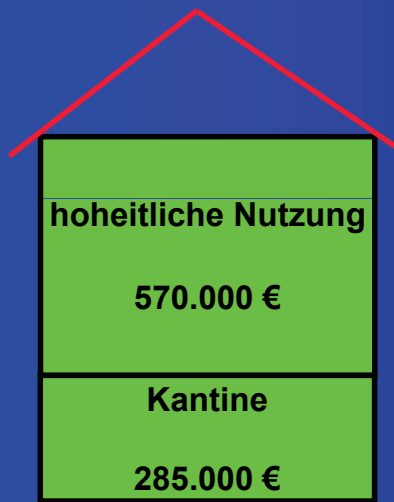
2. Unternehmensvermögen



2.1 Unentgeltliche Wertabgabe



2.1 Unentgeltliche Wertabgabe



volle Zuordnung

AK 4.500.000 €

Vorsteuerabzug 855.000 €

unentgeltliche Wertabgabe

$\frac{2}{3}$ von 4.500.000 € x 10%

= 300.000 €

x 19%

= 57.000 € (p.r.t.)

27

2.2 Artikel 168a MwStSystRL

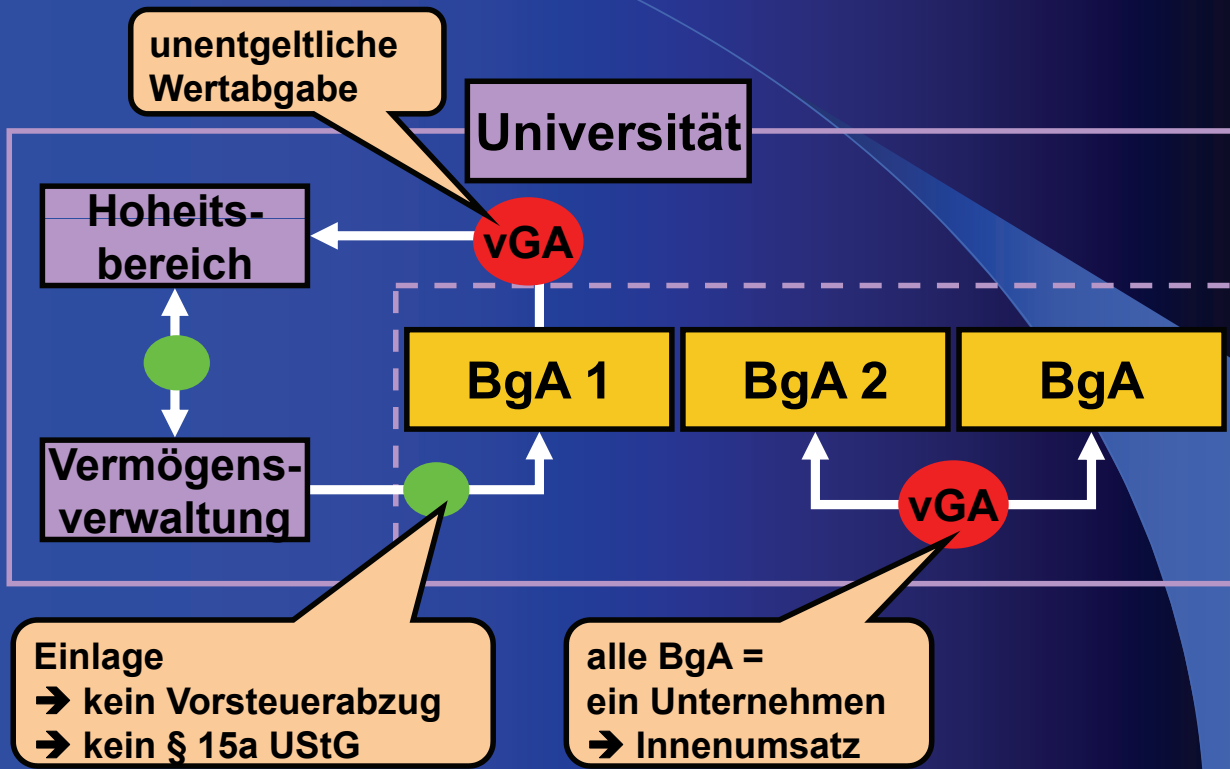
§ 15 Abs. 1b UStG

¹Verwendet der Unternehmer ein **Grundstück** sowohl für Zwecke seines Unternehmens als auch für Zwecke, die außerhalb des Unternehmens liegen, oder für den privaten Bedarf seines Personals, ist die Steuer für die Lieferungen, die Einfuhr und den innergemeinschaftlichen Erwerb sowie für die sonstigen Leistungen im Zusammenhang mit diesem Grundstück vom **Vorsteuerabzug ausgeschlossen, soweit sie nicht** auf die Verwendung des Grundstücks für Zwecke des **Unternehmens** entfällt. ²Bei Berechtigungen, für die die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke gelten, und bei Gebäuden auf fremdem Grund und Boden ist Satz 1 entsprechend anzuwenden.

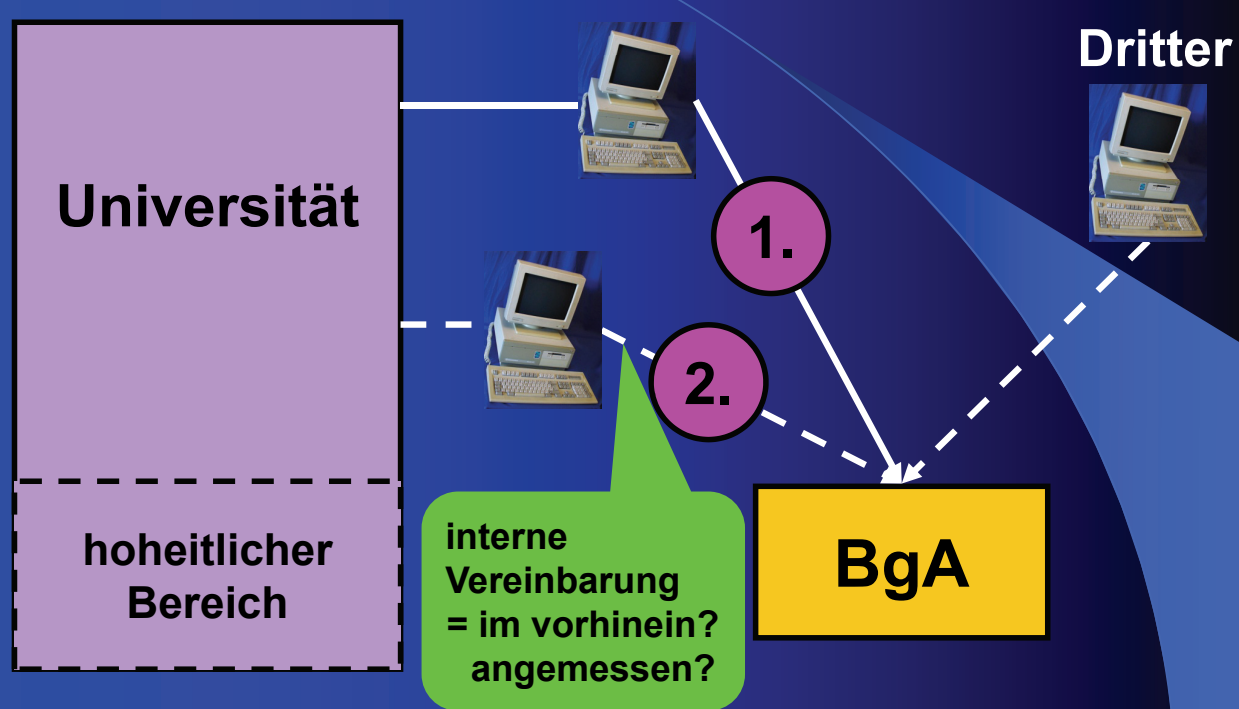
§ 27 Abs. 16 UStG

¹§ 3 Absatz 9a Nummer 1, § 15 Absatz 1b, § 15a Absatz 6a und 8 Satz 2 sind nicht anzuwenden auf Wirtschaftsgüter im Sinne des § 15 Absatz 1b, die auf Grund eines vor dem 1. Januar 2011 rechtswirksam abgeschlossenen obligatorischen Vertrags oder gleichstehenden Rechtsakts angeschafft worden sind oder mit deren Herstellung vor dem **1. Januar 2011** begonnen worden ist. ²Als Beginn der Herstellung gilt bei Gebäuden, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist, der Zeitpunkt, in dem der **Bauantrag** gestellt wird; bei baugenehmigungsfreien Gebäuden, für die Bauunterlagen einzureichen sind, der Zeitpunkt, in dem die **Bauunterlagen** eingereicht werden.

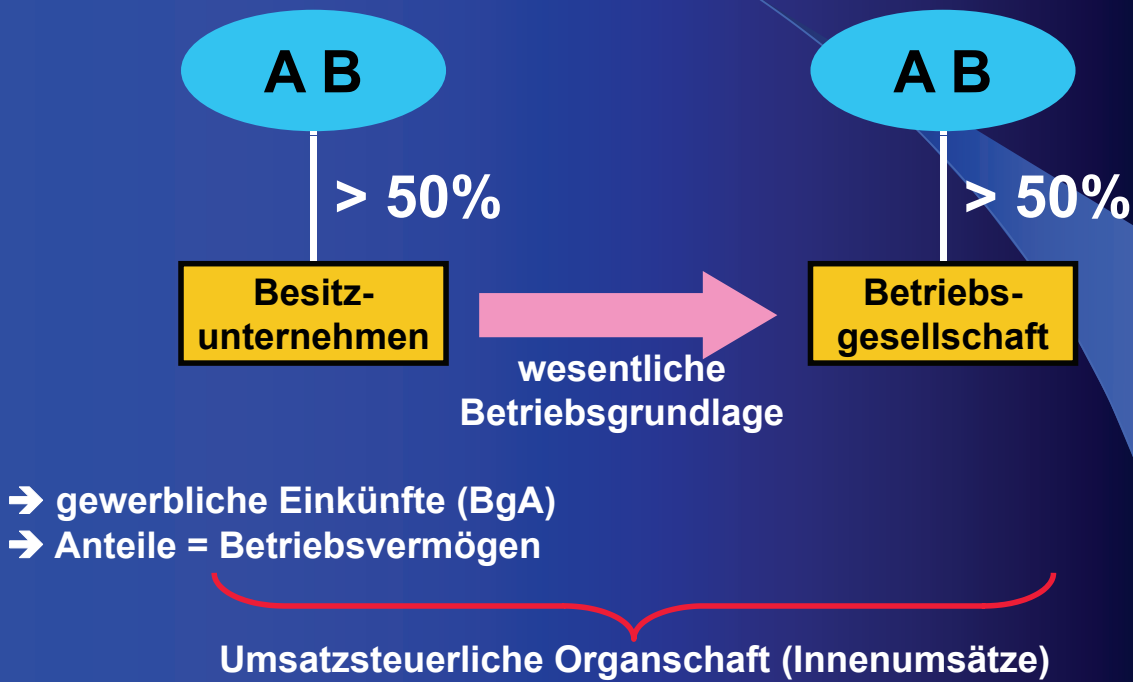
3. Zuordnung von Wirtschaftsgütern



4. Nutzungsüberlassungen



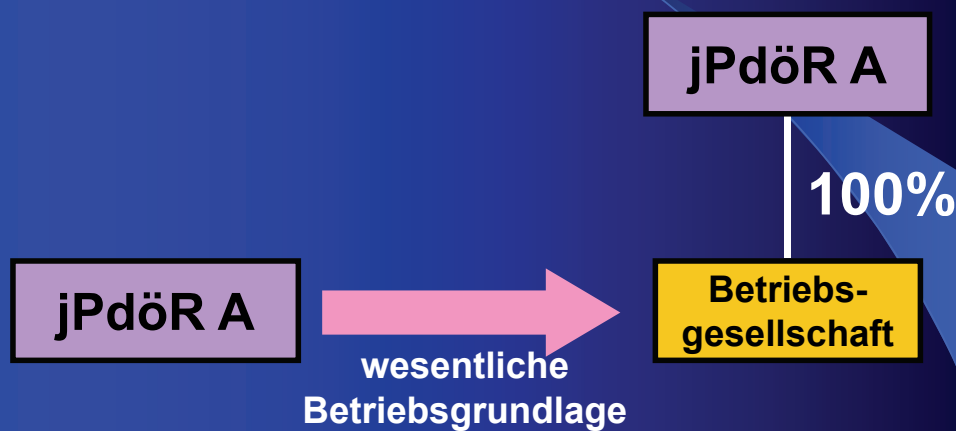
4.3 Betriebsaufspaltung



31

4.3 Betriebsaufspaltung

Fall a)



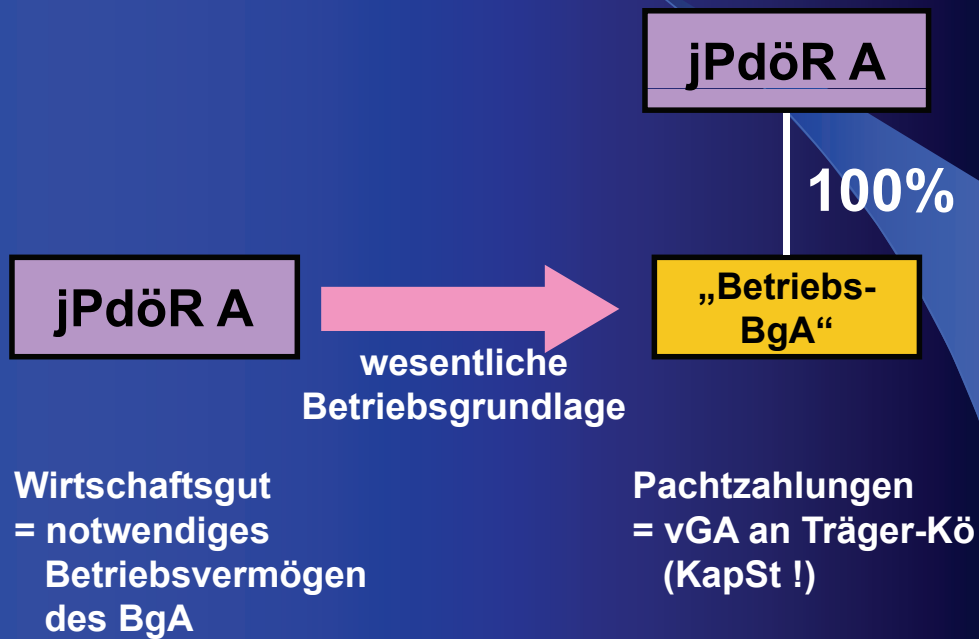
statt Vermögensverwaltung
→ BgA „Betriebsaufspaltung“

Anteile = Betriebsvermögen

32

4.3 Betriebsaufspaltung

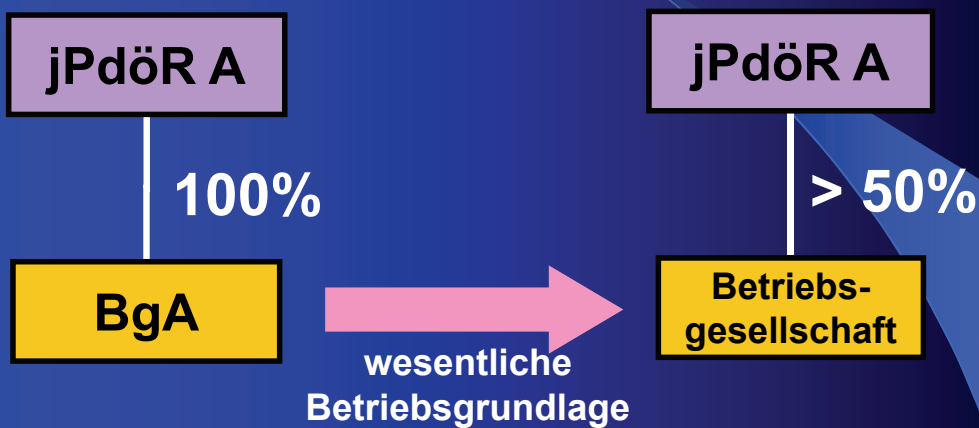
Fall b)



33

4.3 Betriebsaufspaltung

Fall c)



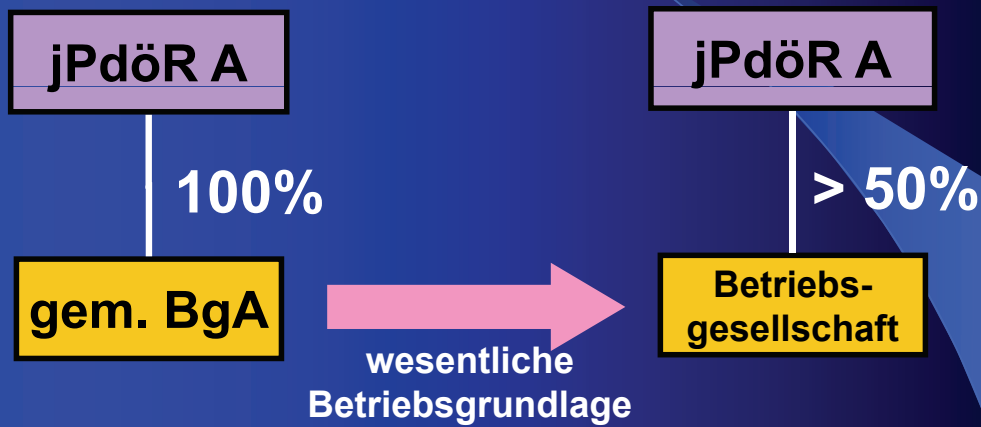
Mieteinnahmen =
Betriebseinnahmen des BgA

Anteile = Betriebsvermögen

34

4.3 Betriebsaufspaltung

Fall d)



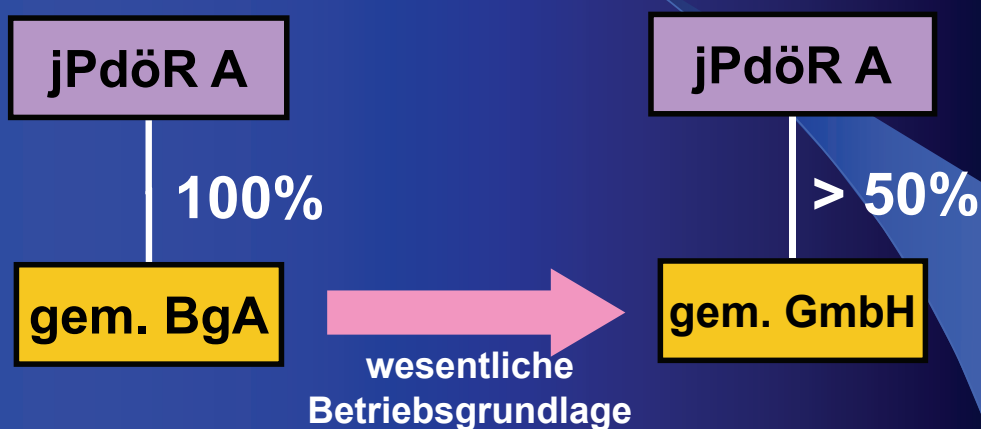
statt Vermögensverwaltung
→ wirtsch. Geschäftsbetrieb

Anteile = Betriebsvermögen

35

4.3 Betriebsaufspaltung

Fall e)

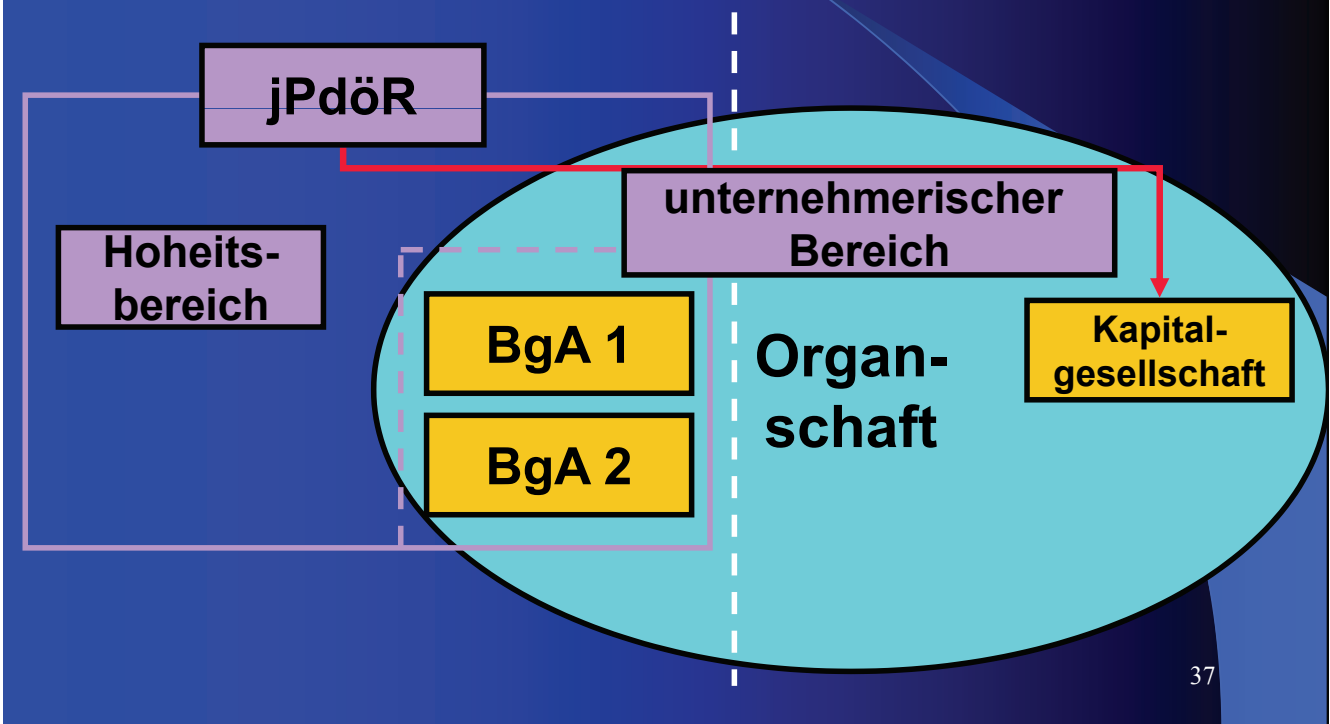


keine Betriebsaufspaltung, wenn

- eigene gem. Tätigkeit oder
- GmbH nur Hilfsperson

36

4.3.4 Umsatzsteuerliche Organschaft



37

4.3.4 Umsatzsteuerliche Organschaft

- finanzielle Eingliederung
 - mehr als 50%
- organisatorische Eingliederung
 - z.B. Geschäftsführeridentität
- wirtschaftliche Eingliederung
 - gleichgelagerte Geschäftsinteressen

38

4.3.4 Umsatzsteuerliche Organschaft

- **BFH Urteil vom 05.12.2007 – V R 26/06**, BStBl II 2008 S. 451
- BFH hat Messlatte für die organisatorische Eingliederung sehr hoch gehängt
- Entscheidungen bei der Organgesellschaft müssen vom Organträger maßgeblich beeinflusst werden, z.B. durch Identität der Geschäftsführer

39

4.3.4 Umsatzsteuerliche Organschaft

Folgen

- Umsätze zwischen Organträger und Organgesellschaft = Innenumsätze
- nicht steuerbar
- Vorsteuerabzug richtet sich nach den Ausgangsumsätzen an Dritte
- Abrechnungen können auch mit Umsatzsteuerausweis erfolgen. Kein Fall des § 14c Abs. 2 UStG (Abschn. 14.1 Abs. 4 UStAE)

40

5. Vorsteuer

- **Abzugsfähige Vorsteuer § 15 Abs. 1 UStG**
- **Nicht abzugsfähige Vorsteuer § 15 Abs. 2 UStG (i.V.m. § 15 Abs. 3 UStG)**
- **Vorsteueraufteilung § 15 Abs. 4 UStG**

41

5.2 Zuordnung

- **Wahlrecht beim Erwerb von Gegenständen siehe unter 2. —→ gilt auch bei der Anmietung**

Vorsteueraufteilung nach § 15 Abs. 1 UStG

- **Aufteilung bei vertretbaren Sachen**
- **Aufteilung bei sonstigen Leistungen**
- **Aufteilung bei der Anmietung von Grundstücken**

Vorsteueraufteilung nach § 15 Abs. 2 UStG

- **steuerpflichtige Ausgangsumsätze**
- **steuerfreie Ausgangsumsätze**
- **„sowohl - als auch“ Ausgangsumsätze**



Aufteilung nach § 15 Abs. 4 UStG

42

5.4 Vorsteueraufteilung

- betriebliche Kostenrechnung oder G+V
- Verhältnis der tatsächlichen Nutzungszeiten
- Verhältnis der km-Leistung
- Verhältnis der Nutzflächen
- sachgerechte Schätzung

43

6.1.1 EU-Umsetzungs-Gesetz

- Postuniversaldienstleistungen – § 4 Nr. 11b UStG
- Entstehung der Steuerschuldnerschaft nach § 13b UStG für B2B-Umsätze nach § 3a Abs. 2 UStG
- Betriebsstätte des Ausländers kann zur Ansässigkeit führen – § 13b Abs. 7 UStG
- Abgabe ZM für innergemeinschaftliche Lieferungen monatlich bei Überschreiten der Lieferschwelle von 100.000 € bzw. 50.000 € ab 2012
- Eigene ZM für Organgesellschaft
- Abgabe bis 25. Folgemonat

44

6.1.2 Jahressteuergesetz 2010

- Option zur Erwerbsbesteuerung – § 1a Abs. 4 UStG
- Neuer Leistungsort für kulturelle, künstlerische, wissenschaftliche und unterrichtende Tätigkeiten – § 3a Abs. 3 Nr. 3 Buchst. a UStG
- Ausnahme Eintrittsberechtigungen
- Leistungsort bei Güterbeförderung, Arbeiten an und Begutachtung von beweglichen körperlichen Gegenständen – § 3a Abs. 8 UStG

45

6.1.2 Jahressteuergesetz 2010

- Reverse-Charge für Schrott, Abfallstoffe und Altmetall – § 13b Abs. 2 Nr. 7 UStG
- Reverse-Charge für Gebäudereinigungsleistungen – § 13b Abs. 2 Nr. 8 UStG
- Reverse-Charge für Gold und Goldplattierungen mit einem Feingehalt von mindestens 325 Tausendstel – § 13b Abs. 2 Nr. 9 UStG
- Abgabe von Speisen und Getränken auf Schiffen, in Luftfahrzeugen und in Eisenbahnen – § 13b Abs. 6 UStG

46

6.2.1 Rechtsprechung – V R 30/08

- **BFH-Urteil vom 11.02.2010 – V R 30/08, NV**
- Die Übernahme und Durchführung einer kommunalen Pflichtaufgabe durch einen Unternehmer gegen Entgelt für eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist steuerbar
- Für Leistungen eines Unternehmers an juristische Personen des öffentlichen Rechts bestehen keine Besonderheiten.
- Dass eine an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts erbrachte Leistung mittelbar der Allgemeinheit zugute kommt und letztlich im öffentlichen Interesse liegt, ist für die Steuerbarkeit eines Leistungsaustausches unerheblich
- mit dem Betrieb eines Schwimmbads verbundenen Umsätze unterliegen dem ermäßigten Steuersatz, nicht aber Betrieb und Errichtung ⁴⁷

6.2.2 Rechtsprechung – XI R 32/08

- **Urteil des BFH vom 19.05.2010 - XI R 32/08**

Der Unternehmer darf nicht von dem ertragsteuerrechtlichen Wert der Nutzungsentnahme nach der sog. 1 %-Regelung des § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG ausgehen und sodann den prozentualen Abschlag für die nicht mit Vorsteuern belasteten Kosten anhand der tatsächlichen Kosten ermitteln.

6.2.3 Rechtsprechung – XI R 17/08

➤ Urteil des BFH vom 17.03.2010 - XI R 17/08

Für die Unternehmereigenschaft ist es nicht erforderlich, dass sich die wirtschaftliche Tätigkeit einer Gemeinde innerhalb ihrer Gesamttätigkeit heraushebt und bestimmte Umsatzgrenzen (30.678 EUR) überschreitet.

49

7.1 Sponsoring

01

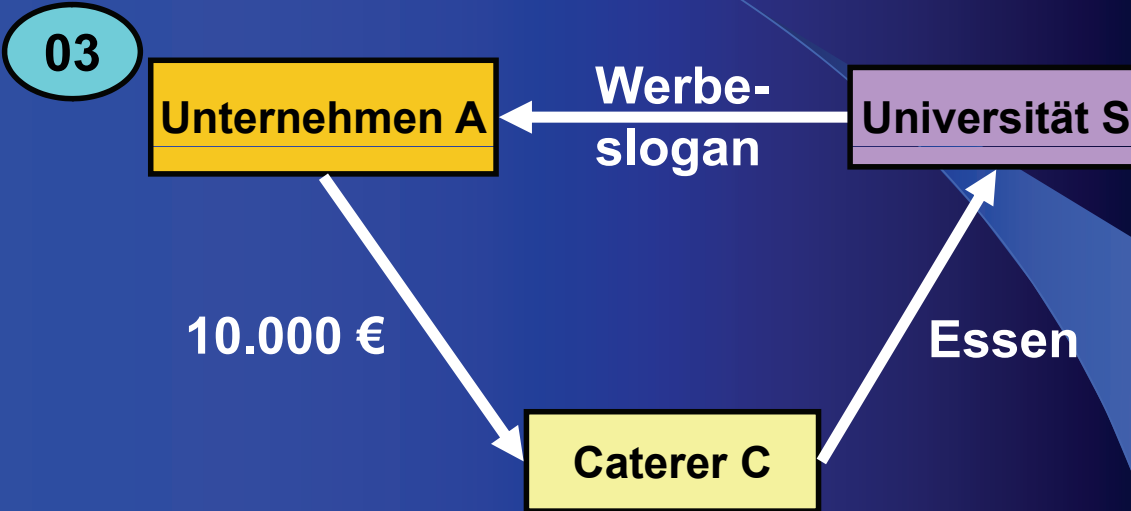


02



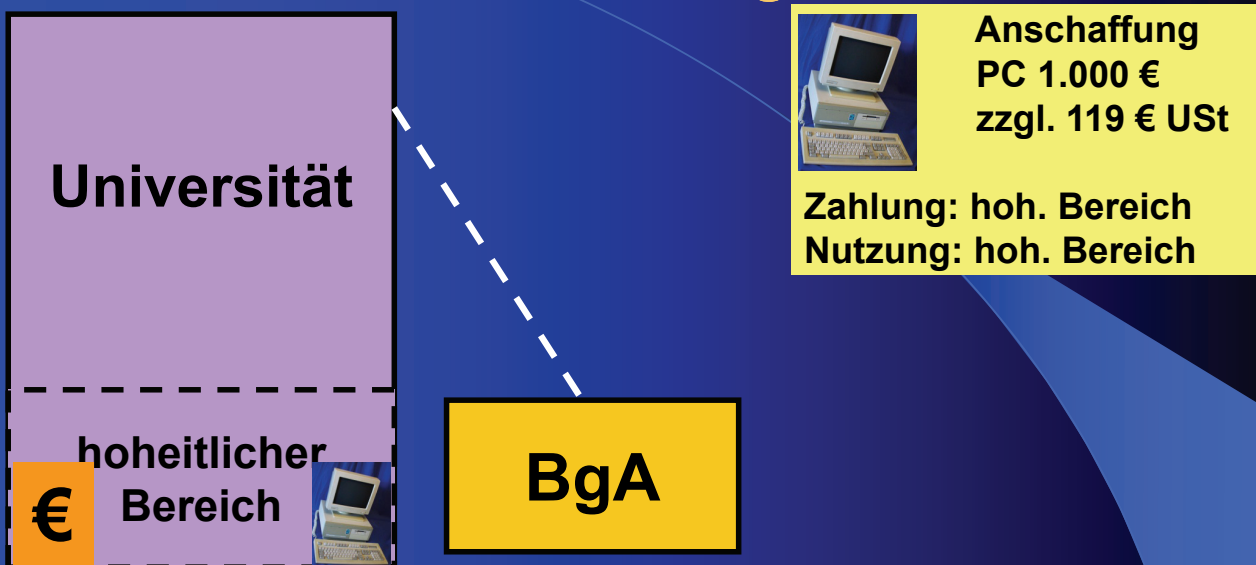
50

7.1 Sponsoring



51

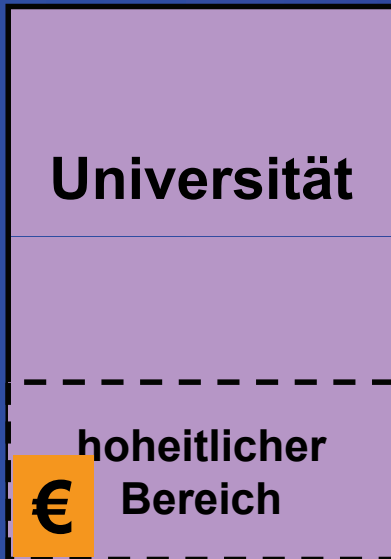
7.2 Zuordnung WG 1



→ steuerlich irrelevant

52

7.2 Zuordnung WG 2



Anschaffung
PC 1.000 €
zzgl. 119 € USt

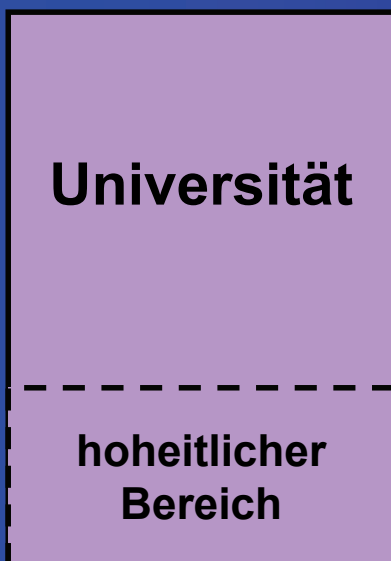
Zahlung: hoh. Bereich
Nutzung: BgA



- Betriebsvermögen BgA (Einlage)
Betriebsausgaben über AfA
- **Vorsteuer-Abzug bei Zuordnung**

53

7.2 Zuordnung WG 3



Anschaffung
PC 1.000 €
zzgl. 119 € USt

Zahlung: BgA - Mittel
Nutzung: BgA



- Betriebsvermögen des BgA
Betriebsausgaben über AfA
- **Vorsteuer-Abzug**

54

7.2 Zuordnung WG 4



Anschaffung
PC 1.000 €
zzgl. 119 € USt

Zahlung: BgA - Mittel
Nutzung: hoh. Bereich



- kein Betriebsvermögen des BgA
AfA in BgA 1 = vGA
- **kein Vorsteuer-Abzug**

55

7.2 Zuordnung WG 5



Anschaffung
PC 1.000 €
zzgl. 119 € USt

Zahlung: hoh. Bereich
Nutzung: hoh. + BgA



- BV BgA, wenn Nutzung mind. 10%
anteilige AfA in BgA 1 (sonst vGA)
- **ab 10% Zuordnungswahlrecht,
Vorsteuer-Abzug**

56

7.2 Zuordnung WG 6



Anschaffung
PC 1.000 €
zzgl. 119 € USt

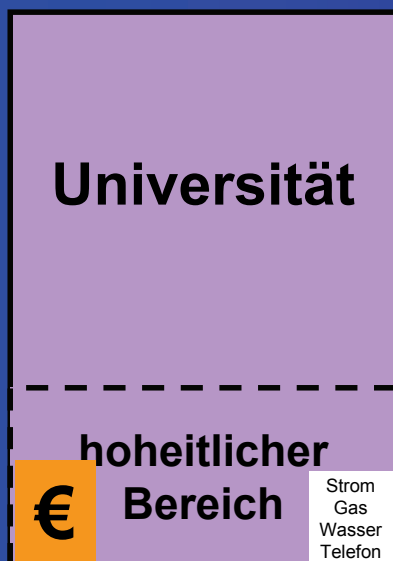
Zahlung: BgA - Mittel
Nutzung: hoh. + BgA



- BV BgA, wenn Nutzung mind. 10%
anteilige AfA in BgA 1 (sonst vGA)
- **ab 10% Zuordnungswahlrecht,
Vorsteuer-Abzug**

57

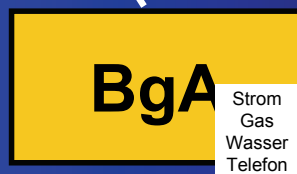
7.2 Zuordnung Leistung 1



Strom
Gas
Wasser
Telefon

Betriebskosten
50.000 €
zzgl. USt

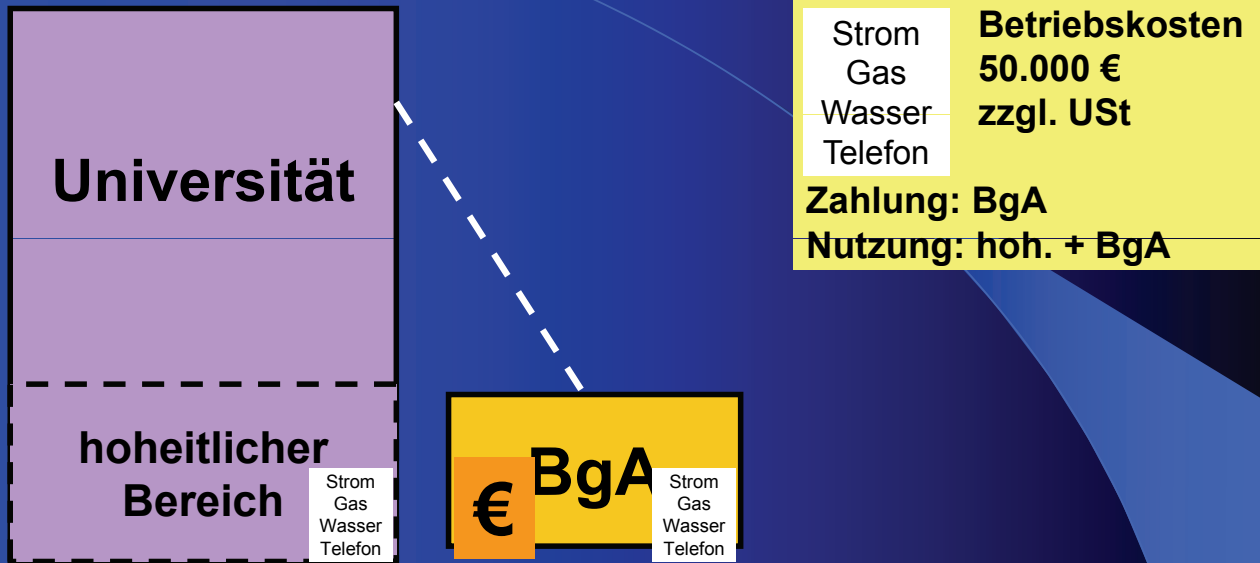
Zahlung: hoh. Bereich
Nutzung: hoh. + BgA



- Betriebsausgaben des BgA, soweit
dort verbraucht/genutzt (Aufteilung)
- **anteiliger Vorsteuer-Abzug**

58

7.2 Zuordnung Leistung 2



- ➔ Betriebsausgaben soweit BgA betroffen, Aufwand ansonsten vGA
- ➔ **anteiliger Vorsteuer-Abzug**

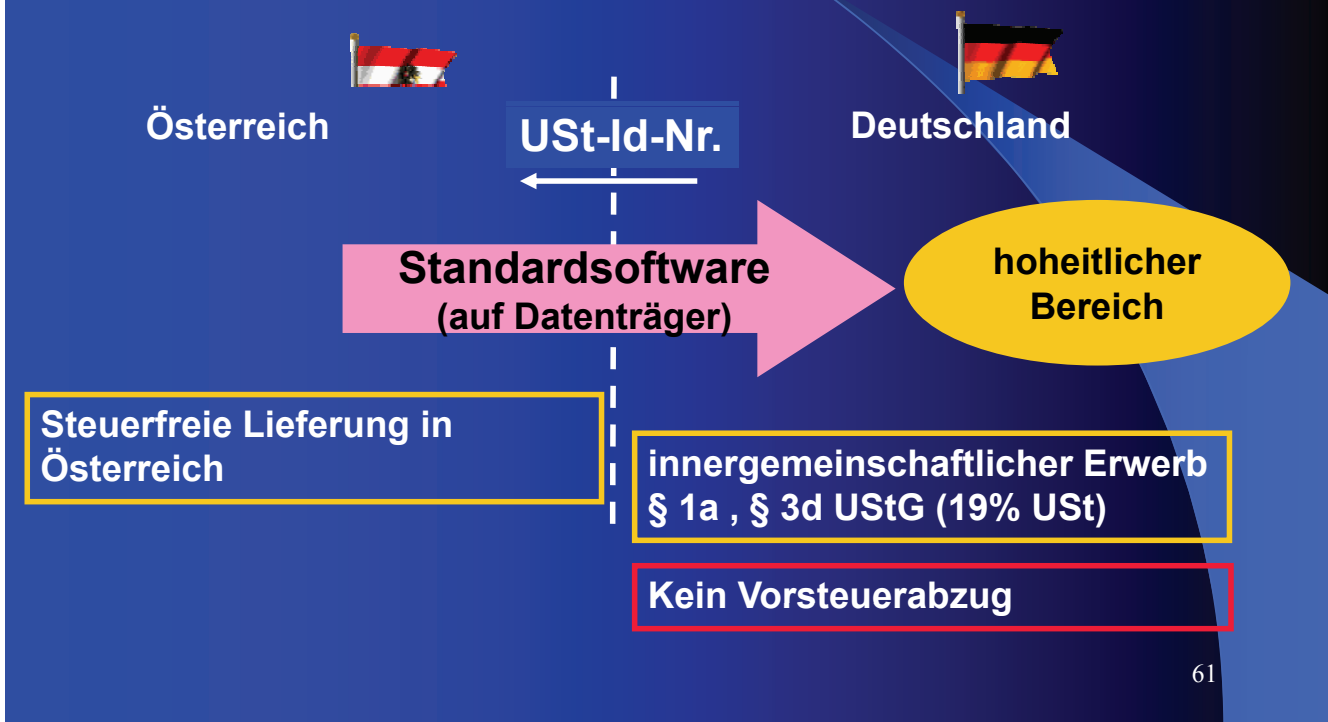
59

7.3 Erwerb von Software

- Standardsoftware auf Datenträger
 - Lieferung (§ 3 Abs. 1 UStG)
- Standardsoftware aus dem Internet
 - sonstige Leistung (§ 3 Abs. 9 UStG)
- nicht standardisierte Software
 - sonstige Leistung (§ 3 Abs. 9 UStG)

60

7.3.1 Lieferung

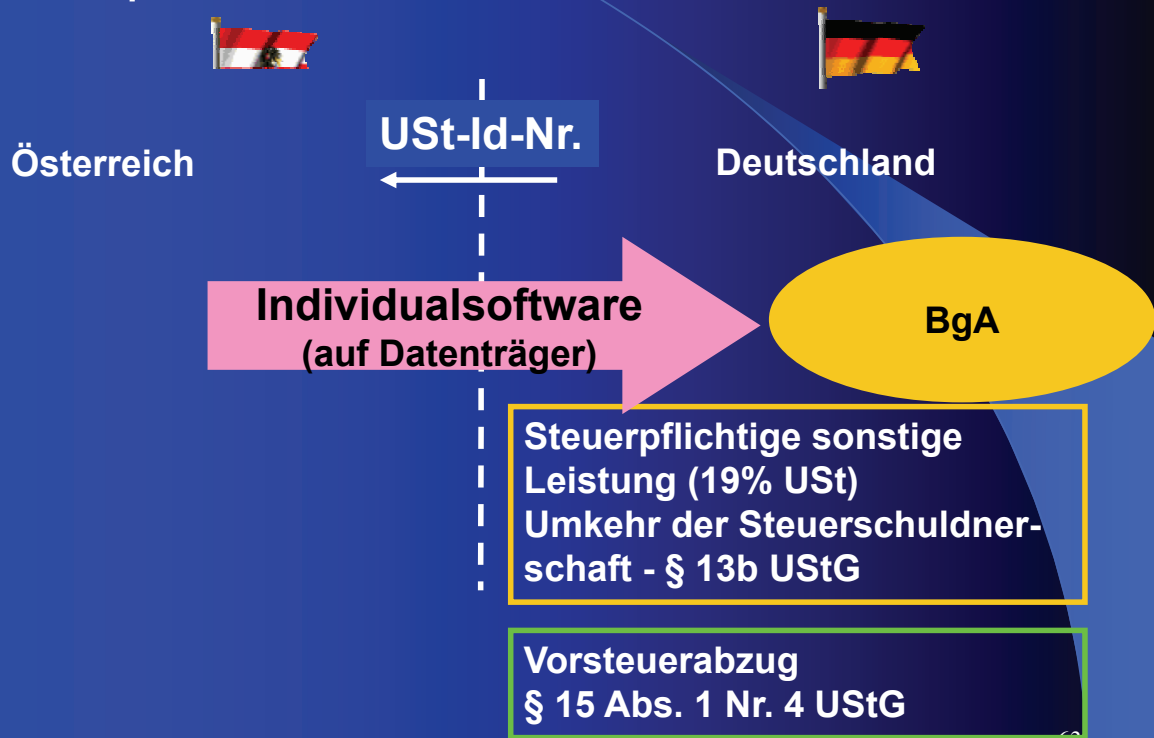


7.3.2 Sonstige Leistung

- Individualsoftware auf Datenträger
 - für BgA ⇒ D (§ 3a Abs. 2 Satz 1 UStG)
 - für Hoheitsbereich von UN aus EU ⇒ D (§ 3a Abs. 2 Satz 3 UStG) oder anderer MS (§ 3a Abs. 1 UStG)
 - für Hoheitsbereich von UN aus Drittland ⇒ D (§ 3a Abs. 2 Satz 3 UStG oder § 3a Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 3a Abs. 4 Satz 2 Nr. 4 UStG)
- Individualsoftware in digitaler Form
 - für BgA ⇒ D (§ 3a Abs. 2 Satz 1 UStG)
 - für Hoheitsbereich von UN aus EU ⇒ D (§ 3a Abs. 2 Satz 3 UStG) oder anderer MS (§ 3a Abs. 1 UStG)
 - für Hoheitsbereich von UN aus Drittland ⇒ D (§ 3a Abs. 2 Satz 3 UStG oder § 3a Abs. 5 i.V.m. § 3a Abs. 4 Satz 2 Nr. 13 UStG)

7.3.2 Sonstige Leistung

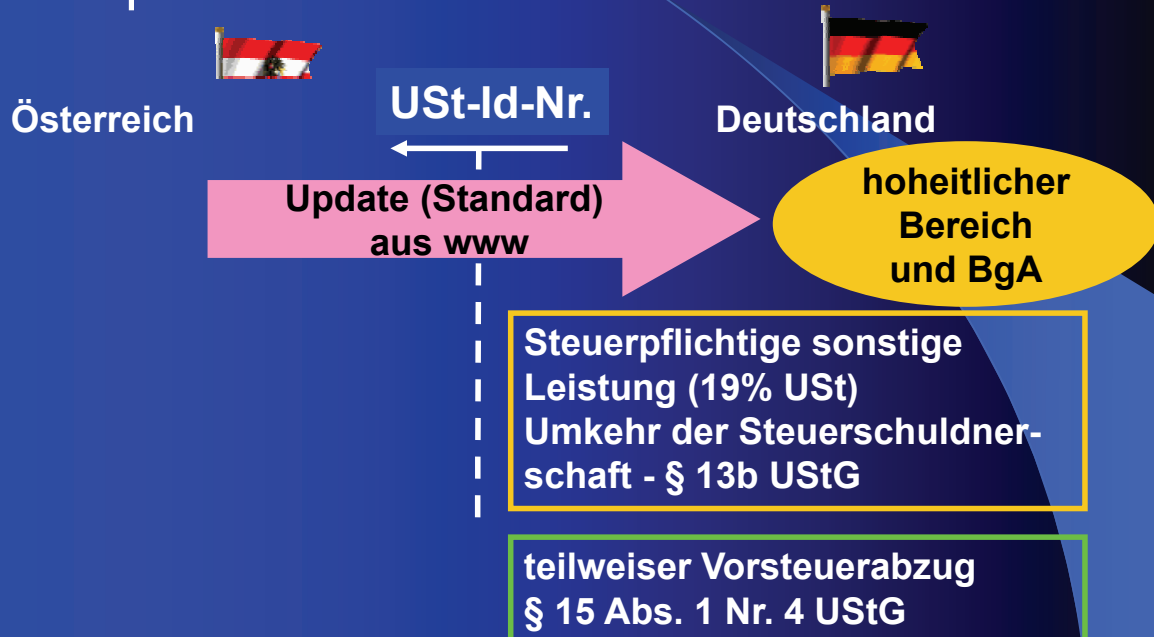
➤ Beispiel 1



63

7.3.2 Sonstige Leistung

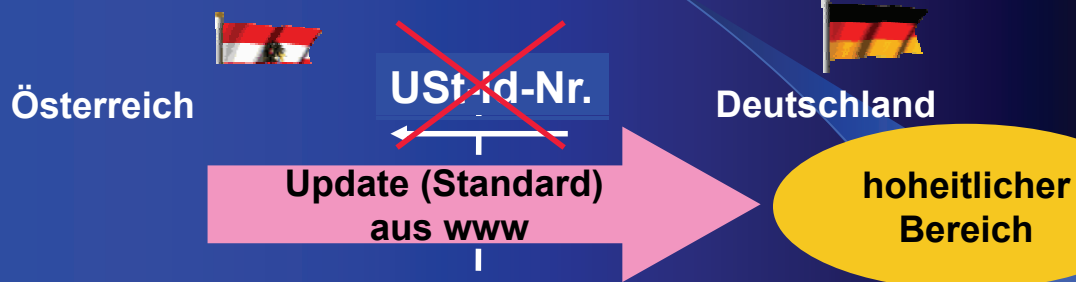
➤ Beispiel 2



64

7.3.2 Sonstige Leistung

➤ Beispiel 3



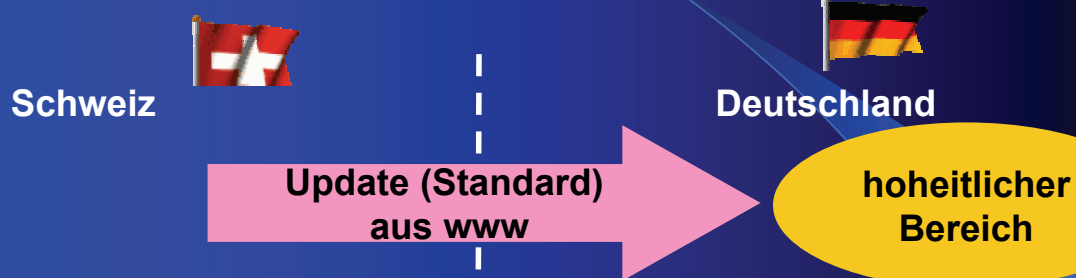
Steuerpflichtige sonst. Leist. in Österreich (20% Öster.-USt)

Kein Vorsteuerabzug

65

7.3.2 Sonstige Leistung

➤ Beispiel 4



Steuerpflichtige sonstige Leistung (19% USt)
Umkehr der Steuerschuldnerschaft - § 13b UStG

Kein Vorsteuerabzug

66

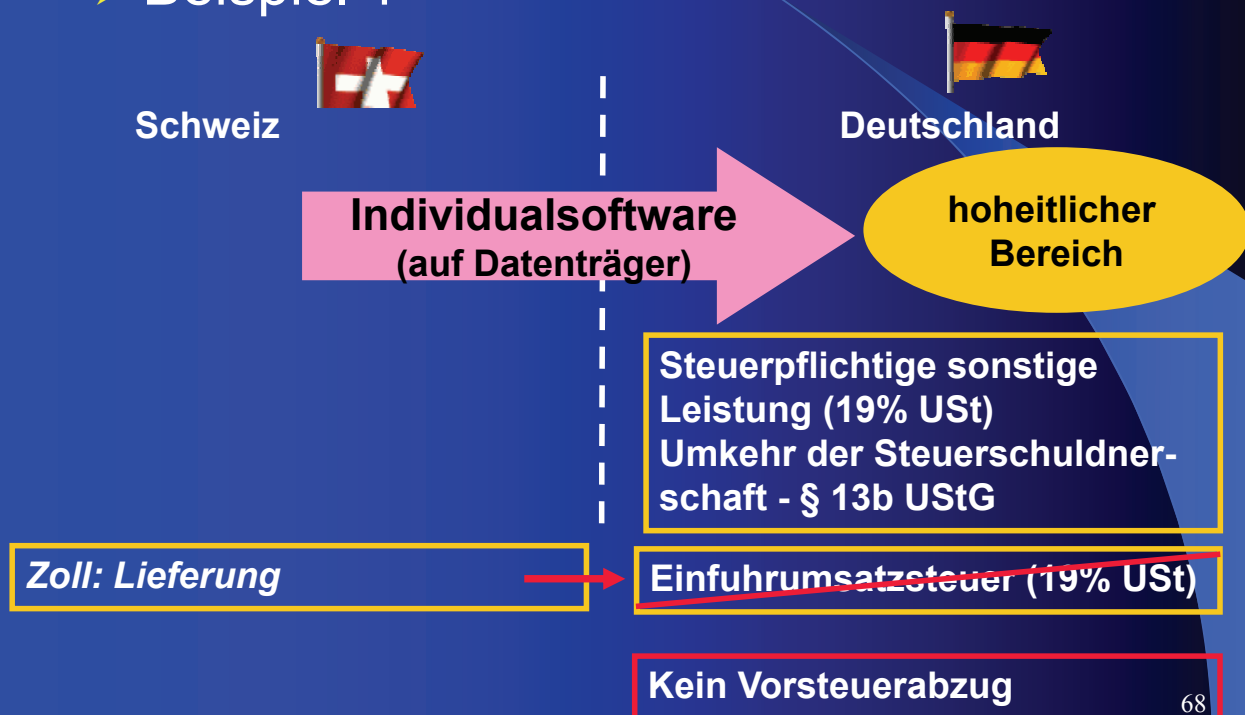
7.4 Einfuhr

- Zollverwaltung
 - Lieferung
 - Standardsoftware auf Datenträger
 - nicht standardisierte Software auf Datenträger
 - Problem: Doppelbesteuerung
 - EUSt wird aus Vereinfachungsgründen nicht erhoben

67

7.4 Einfuhr

➤ Beispiel 1



7.4 Einfuhr

➤ Beispiel 2



11. Freiburger Arbeitstagung

16.+17. November 2010

Beste Schulen

Vielen Dank !
Noch Fragen ?

Aktuelle Entwicklungen



Dieter Kurz &
Lars Leibner
Finanzministerium
Baden-Württemberg